

informationen

der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Rechte Gewalt, Polizei und Justiz

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen

Seit Bestehen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt gehört die Begleitung von Betroffenen rechter Angriffe zu Polizei und Justiz zu den Kernaufgaben der Unterstützung. Der Umfang dieser Tätigkeit hat durch eine Vielzahl von Gerichtsprozessen in der zweiten Hälfte dieses Jahres das höchste Ausmaß seit Jahren erreicht, obwohl noch nicht alle Angriffe aus den Vorjahren terminiert worden sind.

Gerichtsprozesse gegen rechte Angreifer bedeuten oft eine hohe Belastung für die Opfer. Sie sehen sich im Zweifelsfall stundenlangen Vernehmungen durch die Staatsanwälte, das Gericht und die Verteidiger der Angreifer ausgesetzt. Die erneute Konfrontation mit den TäterInnen ist für sie häufig mit aufwühlenden Emotionen und Verunsicherungen verbunden – und nicht immer würdigt das Gericht diese Umstände. Die Frage eines Richters an angegriffene Punks, ob sie nicht schon aufgrund ihres Aus-

sehens provoziert hätten, bringt diese Mischung aus Ressentiment und mangelnder Empathie deutlich zum Ausdruck.

Nicht nur deshalb sind die Unterstützung für die betroffenen Opfer und ihre Möglichkeit, durch eine Nebenklage einen Einfluss auf das Prozessgeschehen zu nehmen, so wichtig. Häufig ist es erst den aufwendigen Bemühungen der AnwältInnen der Nebenklage zu verdanken, dass Tatumstände und Tatmotivation gewürdigt werden. Oder es kommt durch dieses Engagement überhaupt erst zu einer Anklage, wie im Herbst anlässlich eines rechten Angriffs aus dem Vorjahr beim Amtsgericht Haldensleben.

Derzeitige Gerichtsverhandlungen rechter Angriffe in Sangerhausen und Halberstadt förderten unzureichende Ermittlungen und polizeiliches Fehlverhalten zutage. Die Liste unfachlicher Polizeieinsätze und schwer nachvollziehbarer staatsanwaltschaftlicher

und richterlicher Entscheidungen zeigt deutlich, dass es nicht einer Verschärfung der Gesetze in diesem Bereich bedarf. Wo der Wille fehlt, rechte Gewalt zu ahnden, helfen auch keine schärferen Gesetze.

Für die Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt sind unbürokratische finanzielle Hilfen notwendig, um unmittelbare materielle Schäden eines Angriffs auszugleichen oder beispielsweise durch einen Wohnungswechsel dem Sicherheitsbedürfnis der Betroffenen zu entsprechen. Durch solche gleichermaßen praktische wie symbolische Unterstützung wird die Auseinandersetzung mit den Angriffsfolgen erleichtert. In vielen Fällen konnte dieses Jahr dabei auf den Fonds für Opfer rechter Gewalttaten beim Verein Miteinander zurückgegriffen werden. Ohne freiwillige finanzielle Unterstützung wäre das nicht möglich. Dafür möchten wir uns bei allen SpenderInnen bedanken. ■

Mobile Beratung
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13
oder 0151/53 31 88 24
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52
oder 0170/2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12
oder 0175/6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

2. Oktober/Dessau

Am Abend wird am Bahnhofsvorplatz aus einer Gruppe rechter Jugendlicher ein alternativer junger Mann als „Scheiß Schwuchtel“ beleidigt. Kurz darauf wird eine Gruppe alternativer Jugendlicher von den Rechten als „Scheiß Zecken“ usw. beschimpft. Als die Alternativen daraufhin den Platz in Richtung Bahnhof verlassen, ertönt der Ruf „Scheiß Antifa“ und Bierflaschen fliegen in ihre Richtung. Die Betroffenen rufen die Polizei und erstatten Anzeige.

Vor Gericht:

Angriff auf vietnamesische Familie in Burg

Am 1. November begann vor dem Landgericht Stendal die Hauptverhandlung gegen Mario K. (39), David W. (19) und Patrick B. (18). Die drei Männer werden beschuldigt, in der Nacht zum 2. August 2007 in Burg eine vietnamesische Familie in ihrer Wohnung angegriffen zu haben. Die Anklage wirft ihnen u.a. Sachbeschädigung, Diebstahl, Beleidigung und Körperverletzung vor.

Die drei Angeklagten räumten am ersten Verhandlungstag ihre Beteiligung an dem Angriff ein. Sie hätten damals in der Nachbarwohnung zusammengesessen, Musik gehört und getrunken. Wie es zum Angriff gekommen sei, wüssten sie jedoch nicht so recht. Mario K. schilderte allerdings, wie sie sich gegenseitig im Laufe des Abends aufgestachelt hätten. Auch die Mutter von Patrick B., in deren Wohnung sie gefeiert haben, hätte sich mit hetzerischen Reden gegen die vietnamesische Familie nebenan beteiligt. Auf Nachhaken der Nebenklagevertretung gaben zwei der Angeklagten noch am ersten Prozesstag zu, dass sie an diesem Abend rechte Musik gehört hätten: „deutsche Musik“, „Landser am meisten“, mit Texten „gegen Ausländer“.

Polizei lässt Opfer im Stich

Was der Angriff für die Opfer bedeutete, wie er ablief und welche Szenen sich abgespielt haben müssen, wurde am zweiten Verhandlungstag deutlich: Es ist kurz vor Mitternacht, als in der Wohnung von Herrn C., Frau N. und ihren Kindern mit einem lauten Knall die Tür eingetreten wird. Im Flur stehen Mario K. und seine Begleiter David W. und Patrick B. „Sie wollten schlagen, uns rausjagen, haben geschrien“, schildert Herr C. die Vorgänge jener Nacht. „Ich wurde gestoßen, mein Bein war zu der Zeit gebrochen“. Die ganze Zeit werden sie von den Angreifern beleidigt, es fallen Worte wie „Fidschis“ und „Deutschland ist unser Land“. Die Eltern werden von den Angreifern mehrfach gesto-

ßen, der Sohn geschlagen, die Stimmung der Angreifer ist äußerst aggressiv.

Der achtjährigen Tochter gelingt es, Nachbarn aus dem Haus zu alarmieren. Die reagieren sofort: „Es hat ein Weilchen gedauert, die Drei aus der Wohnung zu holen“, berichtete eine Nachbarin als Zeugin vor Gericht. Das Geschehen beruhigt sich erst, als zwei Polizisten erscheinen. Die Angreifer ziehen sich in die Nachbarwohnung zurück. Die Polizisten beschränken sich auf eine grobe Aufnahme des Vorfalles. Vergeblich fragt die Familie nach weiterer Unterstützung. Nachdem sie bei der Reparatur des Türschließblechs geholfen haben, verlassen die Beamten das Haus mit der Empfehlung an die Familie, auch beim nächsten Mal anzurufen.

Nächtliche Flucht unter rassistischen Beschimpfungen

Das lässt nicht lange auf sich warten. Nach einer halben Stunde schlagen die Angreifer erneut an die Wohnungstür. Verängstigt öffnet Frau N. die Tür, damit sie nicht wieder eingetreten wird. Dass die Polizei die Angreifer völlig unbehelligt gelassen hat, verstärkt die Angst der Familie. Die Eltern flehen die Angreifer an, sie und vor allem die Kinder unbehelligt zu lassen. Doch das nützt nichts. Die Eindringlinge lassen sich in ihrem rassistischen Hass nicht beirren, bis die Polizei ein weiteres Mal eintrifft. Die Angreifer ziehen sich erneut in die Nachbarwohnung zurück. „Nachdem diese Männer zum zweiten Mal bei uns waren, hatten wir große Angst. Wir sind dann in unser Restaurant gefahren und haben auf Stühlen übernachtet“, so der Sohn der Familie. Noch während sie das Haus verlässt, wird die Familie vom Küchenfenster der Nachbarwohnung aus rassistisch beschimpft. Die Polizei hört weg. Der Vorsitzende Richter ist beinahe fassungslos: „Das Recht weicht dem Unrecht“, fasst er die fatale Situation zusammen. Die Urteil wird voraussichtlich am 17. Dezember verkündet. ■

Vor Gericht:

Der Angriff auf das Theaterensemble in Halberstadt

Seit dem 9. Oktober 2007 verhandelt das Amtsgericht Halberstadt gegen vier Männer im Alter von 22 bis 29 Jahren, die mutmaßlich am Angriff auf das 14-köpfige Theaterensemble am 9. Juni dieses Jahres in Halberstadt beteiligt waren. Den einschlägig vorbestraften Angeklagten, von denen sich zur Tatzeit drei unter einer laufenden Bewährung befanden, wird seitens der Staatsanwaltschaft gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Bei dem Angriff waren fünf Mitglieder des Theaterensembles schwer verletzt worden.

Richtungsweisend für den Verlauf der Verhandlung war der Eröffnungsbeschluss von Amtsrichter Holger Selig. Er sah entgegen der Anklage der Staatsanwaltschaft keine hinreichenden Anhaltspunkte für einen gemeinsamen Tatplan bzw. ein arbeitsteiliges Vorgehen der Täter. Aufgrund seiner Einschätzung kommt eine Verurteilung wegen Mittäterschaft nicht in Frage. Dies könnte fatale Konsequenzen für den Ausgang des Prozesses haben. Allen vier Angeklagten müssen nun einzelne Tatbeiträge zu geordnet werden. Dies dürfte aber kaum möglich sein, da der Angriff so schnell verlaufen ist, dass die Betroffenen keine genauen Angaben machen können.

Richter bezweifelt gemeinsamen Tatplan

Christian W., der von den Betroffenen zweifelsfrei als Täter identifiziert wurde, ließ zur Prozessöffnung von seinem Anwalt eine Einlassung verlesen, in der er seine Tatbeteiligung zugab. Er räumte ebenfalls ein, zugeschlagen und zugetreten zu haben, und bestätigte, dass die mit ihm Angeklagten am Angriff beteiligt waren. Zu deren genauen Tatbeteiligung machte er allerdings keine Angaben. Sollte Richter Selig bei seiner Auffassung bleiben, sind drei Freisprüche für die Mitangeklagten zu erwarten. Die Aussagen der Betroffenen an den bisherigen Verhandlungstagen – aus denen zweifelsfrei ein

gemeinschaftliches Vorgehen von bis zu zehn Tätern hervorgeht – würden damit ignoriert werden.

Auch ist es fraglich, inwieweit das Gericht von einer rechten Tatmotivation ausgeht. In seiner Einlassung gab Christian W. an, dass er sich durch eine Äußerung der Betroffenen provoziert gefühlt habe. Eine Betroffene hatte angesichts der aggressiven Art und Weise, mit der Christian W. ein Mitglied des Theaterensembles beim Vorbeigehen grundlos fixierte, mit der Frage „Bist du schwul, oder was?“ von der Bedrohungssituation ablenken wollen. Diese Äußerung, auf die keine unmittelbare Reaktion der Neonazis folgte, sieht die Verteidigung als Anhaltspunkt, um von einer angeblichen Provokation der Betroffenen auszugehen. Die Überraschung des bisherigen Prozessverlaufs ist, dass nicht nur Richter Selig, sondern anscheinend auch die beiden Staatsanwälte die Provokationsthese der Verteidigung in Betracht ziehen. Zumindest legen dies ihre Fragen an die Betroffenen nahe.

Nichts als leere Versprechungen

Die Angreifer sind alle einschlägig vorbestraft und gehören klar der rechten Szene an. Das belegen nicht nur ihre eindeutigen Tätowierungen, sondern auch ihre Teilnahme an rechten Demonstrationen. Gleichwohl geht die Polizei bis heute nicht von einem politisch rechts motivierten Angriff aus. Von der von verschiedenen Seiten nach dem Angriff geforderten besseren Abstimmung zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten für einen sensibleren Umgang mit rechten Angriffen ist im laufenden Prozess nichts zu erkennen. Die Tatsache, dass das Theaterensemble Ziel eines rechten Angriffs wurde, weil die Mitglieder nicht in das rechte Weltbild der Angeklagten und ihrer Mittäter passen, wird geleugnet. Damit wird der Umstand, dass derartige Angriffe in Sachsen-Anhalt zum Alltag gehören und sich statistisch an jedem dritten Tag ereignen, erneut ignoriert. ■

12. Oktober/Merseburg

Etwa zehn Rechte verfolgen eine Gruppe alternativer Jugendlicher. Vor dem städtischen Krankenhaus schlägt einer der Rechten einem 16-jährigen Punk mit der Faust ins Gesicht. Die Jugendlichen flüchten in das Hospital. Nachdem die zu Hilfe gerufene Polizei nicht eintrifft, verlassen die Jugendlichen das Gebäude. Dabei begegnen sie erneut dem Angreifer, der wieder auf den Punk los geht. Der 16-Jährige erstattet später Anzeige wegen Körperverletzung. Ermittelt wird zudem wegen Verwendung verfassungsförderlicher Kennzeichen.

22. Oktober/Dessau

Eine 19-jährige Punkerin sieht beim Verlassen eines Einkaufsmarktes, wie ein augenscheinlich Rechter einen Schwarzen beschimpft und ihn an seiner Kleidung zerrt. Als sie eingreift, wird sie von dem Angreifer als „Scheiß Zecke“ beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Am Boden liegend tritt ihr der Rechte gegen Kopf und Oberkörper. Als der Wachdienst des Marktes dazu kommt, flüchtet der Angreifer.

(Landkreis Stendal)

Ein achtjähriger Junge beleidigt einen in Vietnam geborenen Ladenbesitzer rassistisch und erhält deshalb Hausverbot. Der Junge holt daraufhin einen 22-Jährigen, der den Ladenbesitzer packt, massiv beschimpft und zu treten versucht. Eine Frau geht dazwischen und verhindert damit Schlimmeres. Der Ladenbesitzer erstattet Anzeige bei der Polizei, die den Täter, einen polizeibekanntem Rechten, der ein T-Shirt mit Hakenkreuz trägt, vorläufig festnimmt.

1. November/Köthen

In den frühen Morgenstunden beleidigen zwei Rechte am Köthener Bärplatz drei StudentInnen und schlagen ihre Opfer ins Gesicht. Als PolizistInnen am Tatort eintreffen, singen die Täter Nazi-Lieder und zeigen Symbole verfassungswidriger Organisationen.

Das Land müsste sich ganz offen dem Problem stellen

Interview mit Rechtsanwältin Martina Arndt über das Verhalten der Polizei bei rechts motivierten Straf- und Gewalttaten

Die Rechtsanwältin Martina Arndt vertritt in zahlreichen Verfahren Opfer rechter Gewalt als Nebenklagevertreterin. Dabei ist sie immer wieder mit mangelhaften Ermittlungen seitens der Polizei und Polizeipannan konfrontiert. Wir sprachen mit ihr angesichts der jüngst bekannt gewordenen Fälle von polizeilichem Fehlverhalten über ihre Erfahrungen und Einschätzungen.

Jüngst wurde bekannt, dass das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt die Statistik zu rechts motivierten Straftaten geschönt hat. Etwa 200 rechte Delikte sollen im ersten Halbjahr 2007 nicht als solche ausgewiesen worden sein. Wie bewerten Sie diesen Vorgang?

Ich halte das schlicht und einfach für eine Statistikfälschung. Es ist ein klarer Versuch der Manipulation, um rechte Straftaten nicht existent zu machen, um so das braune Image des Landes Sachsen-Anhalts aufzubessern. Es gibt allerdings noch einen weiteren Aspekt, der mir bislang wenig beachtet scheint. Was hier passiert ist, nennt man Urkundenfälschung und dies stellt eine Straftat dar. Und dafür müssten sich die mitwirkenden LKA-Beamten eigentlich verantworten.

Es war der – inzwischen zurückgetretene – Leiter des Landeskriminalamtes Sachsen-Anhalt, der dieses Vorgehen anwies. In Dessau verlangte ein Vorgesetzter von Beamten des Staatsschutzes, rechte Straftaten weniger intensiv zu verfolgen. Die Quote rechter Gewalt sei schlecht für das Image des Landes. Ist die Polizeiführung mit der Situation im Land überfordert?

Von Überforderung der Polizeiführung kann sicherlich keine Rede sein. Rechts motivierte Straftaten sind in Sachsen-Anhalt kein neues Phänomen. Neu ist auch nicht, dass die Strafverfolgung im Fall von rechts motivierten Gewalttaten gar nicht oder völlig unzureichend erfolgt. Die Anweisung des Vize-Präsidenten der Polizeidirektion Dessau an die Beamten des Staatsschutzes, rechte Straftaten weniger

intensiv zu verfolgen, ist aus meiner Sicht nur eine Bestätigung der bisherigen Praxis. Die Praxis, rechte Gewalttaten zu verschweigen, zu negieren oder zu vertuschen, ist aus meiner Sicht kontraproduktiv und trägt zu einem weiteren Imageschaden für das Land Sachsen-Anhalt bei.

Im Juni 2007, nachdem in Halberstadt eine Gruppe von Schauspielern von Neonazis angegriffen wurde, die Polizeibeamten vor Ort die Täter laufen ließen und stattdessen die Personalien der Opfer aufnahmen, schrieb Innenminister Holger Hövelmann (SPD) einen Brief an alle Polizeibeamten im Land. Darin mahnte er eine konsequente Verfolgung rechter Straf- und Gewalttaten an und erklärte, er würde ein Fehlverhalten von Polizisten nicht dulden. Ist die Polizei in Sachsen-Anhalt auf dem rechten Auge blind?

Ich möchte hierzu ein Beispiel nennen. Ein bekannter rechter Gewalttäter greift mehrere Personen nichtdeutscher Herkunft an, ausländerfeindliche Sprüche werden gerufen, es wird geschlagen und getreten. Eine solche Tat wird als ganz normale Straftat eingestuft. Eine rechte Tatmotivation wird nicht gesehen. Solche Erfahrungen vor Augen ist die Aussage „auf dem rechten Auge blind“ sicher zutreffend.

Fehlt es dem einfachen Polizeibeamten in Sachsen-Anhalt an Empathie für die Opfer rechter Gewalt oder worin sehen sie die Ursachen für dieses Verhalten?

Die Frage der Empathie gegenüber den Opfern rechter Gewalt stellt sich meines Erachtens gar nicht. Empathie kann doch nur dann entstehen, wenn ich bereit bin, hinzuschauen und das Problem rechter Gewalt nicht ignoriere oder versuche zu verharmlosen.

Wie reagieren ihre Mandanten auf dieses Polizeiverhalten?

Einige meiner Mandanten sind aufgrund der fehlerhaften Arbeit kaum noch bereit, rechts motivierte Straftaten anzuzeigen. Oftmals

werden Täter gerade wegen der unzureichenden Ermittlungstätigkeit der Polizeibeamten freigesprochen. Ein anderer Teil meiner Mandanten ist schockiert über dieses eklatante Fehlverhalten der Polizeibeamten. Dies stärkt nicht das Vertrauen in die polizeiliche Ermittlungsarbeit.

Was müsste passieren, um die Situation zu verändern?

Das Land Sachsen-Anhalt müsste sich ganz offen dem Problem stellen, dass Teile der Bevölkerung ihre rechte Gesinnung nach außen tragen und wenn erforderlich gewalt-

sam umsetzen. Nur durch einen offensiven Umgang wird es gelingen, sowohl die Polizeiführung als auch den einfachen Polizeibeamten dafür zu gewinnen, eine eindeutige Haltung gegen Rechts zu entwickeln. Unabhängig von der mentalen und geistigen Einstellung halte ich es für dringend erforderlich, Polizeibeamte entsprechend zu schulen. So gibt es erhebliche Defizite bei der Tatortarbeit, im Umgang mit den Verletzten, im Bereich der Vernehmung und inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus heute. ■

3. November/Naumburg

Gegen Mitternacht stürmen ca. 30 teilweise verummte Hooligans einen Proberaum von Punk- und Metalbands und zerstören die komplette Einrichtung. Die sich im Keller befindlichen rund 20 jungen Punks flüchten sich hinter eine Stahltür. Als es den Angreifern nicht gelingt, die Tür aufzuhebeln, sprühen sie mit einem Feuerlöscher durch die Luftschlitze der Tür. Die Angreifer fliehen, als die Polizei eintrifft. Auf Hinweise der Betroffenen, dass die Angreifer sich in unmittelbarer Nähe aufhalten, reagieren die BeamtInnen nicht. Später werden drei Punks erneut angegriffen. Die Angreifer gehören zum Spektrum der Hooligans um den Naumburger Fußballverein NBC.

Rechte Straftaten und Ermittlungspannen

November 2007 Es wird bekannt, dass das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen-Anhalt Statistiken rechts motivierter Straftaten geschönt hat. Innenminister Holger Hövelmann (SPD) bedauerte die Fehler und ließ sie umgehend korrigieren. Der inzwischen zurückgetretene LKA-Direktor Frank Hüttemann hat die LKA-BeamtInnen Ende 2006 angewiesen, eindeutig rechte Straftaten, deren Täter nicht bekannt seien, als politisch uneindeutig einzuordnen.

2. August 2007 In Burg überfallen drei Männer eine vietnamesische Familie in deren Wohnung. Sie grölen ausländerfeindliche Parolen. Ein Sohn der Familie wird verletzt. Polizisten am Ort des Geschehens fordern Verstärkung an, die vom Dienstleiter aber nicht geschickt wird. Die Täter werden zunächst nicht festgenommen, so dass sie die Familie ein zweites Mal in der Wohnung überfallen. Danach kehren sie ein drittes Mal in die Wohnung zurückkehren, sie verwüsten sie und stehlen Elektrogeräte.

9. Juni 2007 In Halberstadt überfallen rechte Schläger eine Theatergruppe. Fünf Menschen werden zum Teil schwer verletzt. Die PolizistInnen lassen die Täter laufen, obwohl nach Überprüfung der Personalien klar ist, dass einer der Anwesenden als rechter Schläger vorbestraft ist, und überprüfen stattdessen die Papiere der Opfer. Auch im weiteren Verlauf ist der Polizeieinsatz von Fehlern und Pannen geprägt, weil das zuständige Revier die Lage unterschätzte. Das Gericht setzt die Pannen der Polizei fort und weigert sich, von einer gemeinsamen Aktion der Angreifer auszugehen, so dass voraussichtlich allen Angeklagten ein einzelner Tatbeitrag nachgewiesen werden muss.

Mai 2007 Drei Staatsschützer beschuldigen den Vize-Chef der Polizeidirektion Dessau, Ermittlungen wegen rechter Straf- und Gewalttaten gebremst zu haben. Er wird mit den Worten zitiert, dass man „nicht alles sehen müsse“. Die gegen den Rechtsextremismus gerichtete Landeskampagne „Hingucken!“ soll er als „für die Galerie“ abgetan haben.

25. November 2006 Vier Polizisten auf dem Polizeirevier in Halberstadt weigern sich, die Anzeige eines gerade erfolgten Angriffs von Rechten auf zwei Jugendliche aufzunehmen. Die verletzten Jugendlichen werden stattdessen aufgefordert, sich in ärztliche Behandlung zu begeben.

21. Oktober 2006 In Gerwisch bei Magdeburg überfallen mehr als 20 verummte Neonazis eine Party. Sie prügeln auf Gäste ein und zertümmern Mobiliar. Die Polizei nimmt Hinweise vor dem Überfall nicht ernst. Nur ein Streifenwagen ist vor Ort. Die Polizisten greifen erst wirksam ein, als Verstärkung anrückt. Stunden nach dem Angriff werden verletzte Opfer mit Platzverweisen belegt und es wird ihnen eine Begleitung nach Hause und zum Bahnhof verweigert. Obendrein wird der rechte Tathintergrund von der Kriminalpolizei in Burg zunächst verschwiegen. Der Angriff taucht bis heute in keiner Polizeistatistik als rechts motiviert auf.

24. Juni 2006 In Pretzien bei Schönebeck verbrennen TeilnehmerInnen einer sogenannten Sonnenwendfeier ein Exemplar des Tagebuchs der Anne Frank. PolizistInnen erkennen die Tragweite des Falls nicht, da ihnen der Buchtitel und das Schicksal des jüdischen Mädchens schlicht nichts sagen.

4. November/Genthin

(Landkreis Jerichower Land) Ein von gebürtigen Vietnamesen betriebener Imbisswagen wird in der Nacht zu Sonntag erheblich beschädigt. Der oder die TäterInnen versuchen die Tür aufzubrechen, demolieren Teile des Wagens und der Einrichtung. Die rassistische Gesinnung der Täter wird mit der Hetzparole „Gute Reise“ sowie einer „88“ in den Lack geritzt. Die Polizei ermittelt.

7. November/Magdeburg

Ein Deutscher libanesischer Herkunft, der auf dem Magdeburger Ring mit dem Auto unterwegs ist, wird von den Insassen eines BMW durch Zeigen des Mittelfingers beleidigt. Die Fahrerin des BMW spuckt zudem einen Kaugummi an das Beifahrerfenster des Betroffenen. Als der Betroffene an einer roten Ampel aussteigt, um den Vorfall zu klären, verlässt ein Beifahrer den BMW und greift den Mann ohne Vorwarnung an. Er wirft den Betroffenen zu Boden, würgt ihn und schlägt ihn mit dem Kopf mehrmals auf den Boden. Erst durch das Eingreifen eines unbekanntes Dritten lässt der Angreifer von seinem Opfer ab.

16. November/Magdeburg

In der Nacht zum Samstag wird ein 17-jähriger Kameruner an einer Bushaltestelle in Olvenstedt von einem 29-Jährigen mit ausländerfeindlichen Sprüchen beleidigt. Der 17-Jährige und seine beiden Freunde alarmieren aus Angst vor einem Angriff die Polizei. Diese kann die beiden stark alkoholisierten Täter festnehmen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Volksverhetzung, Beleidigung und der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen.

Vor Ort: Naumburg

Alternativszene im Visier von Hooligans

In einer vorläufigen Bilanz der Mobilen Opferberatung für die ersten drei Quartale 2007 ist Naumburg neben Halberstadt der Ort mit den meisten registrierten rechts motivierten Übergriffen in Sachsen-Anhalt. In der Kreisstadt im Süden des Landes sind bislang zwölf rechte Übergriffe bekannt geworden. Die Angriffe richteten sich dabei hauptsächlich gegen alternative Jugendliche und Punks.

Naumburg spielte in den letzten Jahren in offiziellen Statistiken zu rechten Gewaltstraftaten eine untergeordnete Rolle. Im Jahr 2006 wurde beispielsweise nur ein rechter Angriff im gesamten Burgenlandkreis gezählt. Die Situation hat sich seit Frühjahr dieses Jahres dramatisch geändert. Betroffen ist die relativ aktive Alternativszene der Stadt, die sich aus mehreren Dutzend Jugendlichen zusammensetzt. Einige von ihnen machen in Bands Musik. Mit dem Jugendzentrum Otto besitzen alle einen festen Anlaufpunkt. Seit Mai werden die Jugendlichen immer wieder Opfer rechter Gewalt. In einigen Fällen wurden jugendliche Punks direkt vor der eigenen Haustür oder wie im jüngsten Fall in ihrem Proberaum angegriffen.

Gewalt im Umfeld des Naumberger BC

Bei den Angreifern handelt es sich nur vereinzelt um Angehörige der rechten Szene. Neonazis sind in Naumburg kaum politisch organisiert. Vielmehr stammen die meisten Angreifer aus dem Hooliganmilieu des lokalen Fußballvereins Naumberger BC. Sie geben sich in der Öffentlichkeit als unpolitische „Ultras“. Dabei werden sie von der Vereinsführung gedeckt, welche die rechten Übergriffe ihrer Fans als Dummen-Jungen-Streiche unpolitischer und alkoholisierten jugendlicher zu verharmlosen versucht.

Bereits im Mai dieses Jahres hatten etwa 30 Hooligans eine Gruppe Punks angegriffen. Dabei wurden mehrere Jugendliche verletzt. Damals fanden Gespräche zwischen einzelnen Angreifern und den Betroffenen statt. Die Angreifer versicherten, sie seien nicht rechts, und versprachen, dass so etwas in

Zukunft nicht mehr vorkommen würde. Dieses Versprechen hielt nicht lange. Am 3. November wurde dieselbe Gruppe Punks von etwa 30 Hooligans in ihrem Proberaum angegriffen. Da es den Punks gelang, sich hinter einer Tür zu verbarrikadieren, gab es diesmal „nur“ einen Verletzten.

Verantwortliche bagatellisieren

Wie nach dem Angriff im Mai wurde nach der Tat von den Angreifern ein „klärendes Gespräch“ gesucht. Erneut sollte den Betroffenen suggeriert werden, dass die Tat nicht aus politischen Gründen passiert sei. Man habe nur zuviel getrunken an diesem Abend. Dass der Angriff im Wesentlichen auf den Alkoholkonsum zurückzuführen sei, so sehen es auch die Verantwortlichen des Naumberger BC, die Lokalzeitung Naumberger Tageblatt und der Vermieter der beim Angriff verwüsteten Proberäume.

Ganz in dieser Logik stand auch der Vorschlag des Vermieters für eine gemeinsame Aufräumaktion, bei der Täter und Opfer versöhnt werden sollten. Gleichzeitig bot der Mann, der auch Sponsor der Naumberger Fußballvereins ist, den „gelangweilten und frustrierten“ Schlägern im selben Objekt einen Raum zur Nutzung an. Welche Signale er durch dieses Angebot an Opfer und Täter sendete, war ihm wohl nicht bewusst.

In einer Stadt wie Naumburg, die maßgeblich vom Tourismus lebt, wird aus Imagegründen oft eine Strategie der Verharmlosung verfolgt. Bis zu einer kritischen Auseinandersetzung mit rechter Gewalt und einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit für diese Problematik scheint es in der Stadt noch ein weiter Weg zu sein. Daran ändert auch die Demonstration gegen Rechts mit mehreren Hundert TeilnehmerInnen im September dieses Jahres nichts, mit der ein erstes Zeichen gegen rechte Gewalt gesetzt wurde. ■

Rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt

Bitte spenden Sie für den Opferfonds des Vereins Miteinander

Rechte Gewalt hat für die Betroffenen und deren Umfeld oftmals schwerwiegende physische, psychische und materielle Folgen. Um ein deutliches Zeichen gegen rechte, rassistische und antisemitische Gewalt zu setzen und den Betroffenen unbürokratisch und zeitnah finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, wurde von „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.“ im Jahr 2000 der „Fonds für Opfer fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt“, kurz Opferfonds, ins Leben gerufen.

Der Fonds hilft da weiter, wo andere staatliche und nichtstaatliche Institutionen nicht bzw. noch nicht tätig werden oder die Hilfe nicht ausreichend ist. Im Jahr 2007 wurden bereits in 23 Fällen Betroffene rechter und rassistischer Angriffe durch den Opferfonds mit insgesamt mehr als 9.000 Euro unterstützt. Das ist die höchste Zahl an Unterstützungsfällen seit Bestehen des Fonds. Diese Zahl verdeutlicht seine weiterhin gebotene Notwendigkeit. Nicht nur die vielen SpenderInnen sind es, die durch ihre Beiträge für die finanzielle Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt ein Zeichen der Solidarität setzen, auch diejenigen tragen dazu bei, die Benefizveranstaltungen zugunsten des Opferfonds organisieren.

23 Unterstützungsfälle in 2007

So fand am 28. Juni 2007, kurz nach dem Angriff auf mehrere Mitglieder eines Theaterensembles in Halberstadt, in Quedlinburg das Konzert „Laut gegen Nazis“ mit lokalen Bands aus der Harzregion statt. Der Verein Reichenstraße e.V. rief dabei mit Unterstützung der Stadt Quedlinburg erfolgreich zu Spenden für Betroffene rechter Gewalt auf. In Halle spielte am 20. Oktober Thees Uhlmann, Sänger der Band Tomte, ein Benefizvor mehr als 200 jungen BesucherInnen. Insgesamt kamen 1.350 Euro für den Opferfonds zusammen.

Wofür konkret die Spenden verwendet werden, ist je nach Angriff, dessen Folgen und dem Lebensumfeld des oder der Betroffenen

unterschiedlich. Wie das Geld verwandt wird, darüber bestimmt ein unabhängiger Beirat. Er setzt sich aus vier engagierten und fachlich qualifizierten ExpertInnen zusammen und entscheidet nach Mehrheitsprinzip schnellstmöglich über die einzelnen Anträge, die von Betroffenen, deren Angehörigen oder anderen Personen ihres Vertrauens formlos an den Verein gerichtet werden können.

Unbürokratische und schnelle Hilfe

Zwei Beispiele: Seit einem rassistischen Angriff leidet ein junger Mann aus Kamerun unter traumatischen Störungen. Aufgrund seines aufenthaltsrechtlichen Status darf er seinen Wohnort nicht frei wählen. Allerdings erträgt er es kaum noch, weiter an dem Ort des Angriffs zu wohnen. Deshalb würde er gerne nach Stuttgart umziehen, wo Verwandte von ihm leben. Allerdings kann er nur umziehen, wenn er dort einen Arbeitsplatz findet. Die Fahrtkosten zur Stellensuche und Bewerbungsgesprächen kann der Betroffene jedoch nicht alleine aufbringen. Der Opferfonds stellte ihm die benötigte Hilfe zur Verfügung.

Auch eine alternative Jugendliche erhielt Unterstützung, nachdem sie sich aufgrund zahlreicher rechter Angriffe in ihrer Heimatstadt dazu durchgerungen hatte, in eine andere Stadt umzuziehen. Die Bedrohungslage und psychische Belastung waren so groß, dass schnell eine geeignete Wohnung gefunden werden musste. Die notwendige Kautions- und Umzugskosten konnten nur mit Hilfe des Opferfonds aufgebracht werden.

Trotz zahlreicher Spenden wurde in den letzten Jahren mehr Geld für Betroffene rechter Gewalt benötigt als eingenommen. Im Oktober dieses Jahres belief sich der Kontostand auf etwas mehr als 18.000 Euro. Neue Spenden werden dringend benötigt. ■

Miteinander e.V.

Stichwort: Opferfonds

Kto. Nr. 53 53 53

Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg

BLZ 810 205 00

(Altmarkkreis Salzwedel)

Mehr als 80 Rechte beteiligen sich am neonazistischen Heldengedenken in der Innenstadt. Nach der polizeilich verfügten Auflösung der Veranstaltung kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Polizeikräften. Am Rande des Geschehens wird ein Journalist von mehreren Rechten erst bedrängt und mit den Worten „Dich kriegen wir, du Schwein“ beleidigt. Danach schlägt einer der Rechten in Richtung Kopf des Journalisten und beschädigt dabei dessen Kamera.

Auf der Website:

www.mobile-opferberatung.de

finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Magdeburg zeigt Gesicht Veranstaltungen und Aktionen

Als Gegenveranstaltung zum geplanten Nazi-Aufmarsch anlässlich der Bombardierung Magdeburgs organisiert das Bündnis gegen Rechts am **19. Januar 2008** um **13.30 Uhr** eine **Mahnwache** unter dem Motto „Das Gestern im Heute begreifen“. Die Aktion findet statt am Haupteingang des Westfriedhofs an der Großen Diesdorfer Straße.

Die Auftaktkundgebung „Gesicht zeigen! Für eine demokratische und tolerante Stadt“ beginnt bereits um **10.30 Uhr** in der Julius-Bremer-Straße.

Darüber hinaus erfolgt am **8. Januar 2008** um **15 Uhr** an der **Straßenbahndehaltestelle Neu-Olvenstedt** die Wiedereinweihung des **Gedenksteins** für den ermordeten Punk Frank Böttcher.

Jeweils ab dem **10. Januar** werden im **Moritzhof** die Filme **„Ich habe euch nicht vergessen – Simon Wiesenthals Leben und Vermächtnis“** (bis zum 23. Januar) und **„Am Ende kommen Touristen“** (bis zum 30. Januar) gezeigt.

Am **22. Januar** um **11.30 Uhr** findet eine öffentliche Lesung mit den 10. Klassen der

Leibniz-Sekundarschule im **einewelt haus** statt. Der ehemalige Napola-Schüler Klaus Kleinau liest aus seinem Buch **„Im Gleichschritt, marsch“**. „Der Versuch einer Antwort, warum ich von Auschwitz nichts wusste“, so fasst der ehemalige NS-Eliteschüler seine Lebenserinnerungen zusammen. In ihnen schildert Kleinau seine Schulzeit in der Napola Ballenstedt im Harz, in die er 1938 aufgenommen wurde.

Am **24. Januar** ab **19 Uhr** widmet sich das **Gesprächscafé „Mein Name ist Mensch“** mit Hollmann & Lorenz dem Thema **„Zivilcourage“** im **einewelt haus**. Im Gespräch: Christine Loy vom Akademisches Auslandsamt der Medizinischen Fakultät der Universität Magdeburg und Gabriele Herbst, Pastorin Hoffnungsgemeinde (angefragt).

Am **27. Januar** um **15 Uhr** öffnet die **Ausstellung „UNERWÜNSCHT – VERFOLGT – ERMORDET. Ausgrenzung und Terror während der nationalsozialistischen Diktatur in Magdeburg 1933 bis 1945“** im **Kulturhistorischen Museum**.

Und am **30. Januar** um **20 Uhr** **Cafété** (Bahnhof Buckau) findet die Aufführung des Films **„Der große Diktator“** von und mit Charlie Chaplin statt.

Neue Broschüren in Englisch und Französisch

„What to do after a racist attack?“, „Que faire après une attaque raciste?“ Die aktualisierte Auflage der Broschüre für Betroffene rechter und rassistischer Angriffe liegt nun auch in englischer und französischer Übersetzung vor. Neben praktischen Tipps und Hinweisen über die Rechte und Möglichkeiten von Betroffenen enthalten die Ratgeber im DIN-A5-Format auch ein Adressenverzeichnis für die wichtigsten Unterstützungseinrichtungen und Beratungsstellen.

Die Broschüren sind in Kürze auch zum Downloaden zu finden unter:

www.mobile-opferberatung.de

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
Platanenstraße 9
06114 Halle

opferberatung.sued@miteinander-ev.de
Tel.: 0345/2 26 71 00
Fax: 0345/2 26 71 01

Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit der Mobilien Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00
Kontoinhaber: Miteinander e.V.

Verwendungszweck: Mobile Opferberatung
(bitte angeben)

Impressum

Herausgeber:
Mobile Beratung für
Opfer rechter Gewalt
Platanenstraße 9
06114 Halle

Telefon: 0345/2 26 71 00
Fax: 0345/2 26 71 01

opferberatung.sued@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:
Antje Arndt (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:


Miteinander
Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

gefördert von:


SACHSEN-ANHALT

Ministerium für Gesundheit und Soziales
des Landes Sachsen-Anhalt


Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile
Intervention gegen Rechtsextremismus